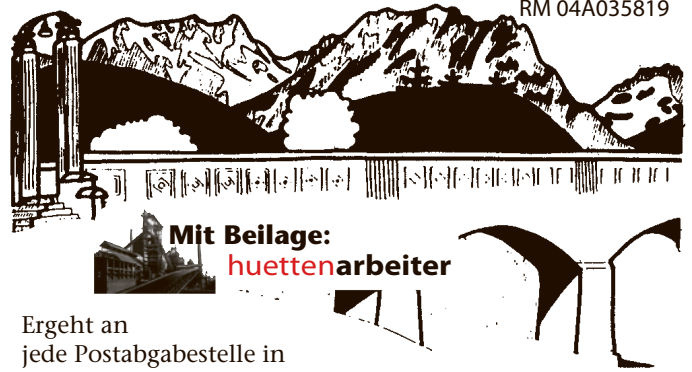


TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben
Nr. 1, Februar 2013



Ergeht an
jede Postabgabestelle in
Trofaiach, Hafning, Gai

Wasser, Müllabfuhr, Kanal, Hundesteuer Alles wird teurer!

Jeden Jänner wiederholt sich in Trofaiach dasselbe „Schauspiel“. Die Gebühren für Wasser, Müllabfuhr und Kanal werden erhöht. Diesmal verteuern sie sich gemäß Indexsteigerung um 2,23 Prozent. Auch die Hundesteuer wird empfindlich hinaufgesetzt. Von bisher 40 Euro auf 60 oder, unter gewissen Umständen, sogar auf 120 Euro.

KPÖ-Gemeinderat Helmut Edlinger kritisierte die jährliche Indexanpassung bei Wasser, Müll und Kanal: „Die Trofaiacher Bürger erleben jedes Jahr dasselbe Schauspiel. Die SPÖ fährt mit ihrer Mehrheit einfach drüber. Die Verkäuferin hat keine 2,23 Prozent Reallohnsteigerung. Während Löhne und Pensionen hinter der Inflation zurückbleiben, erhöht Trofaiach jährlich die Gebühren.“ Wolfgang Schoberl (ÖVP) verteidigte die Erhöhung: „Der Index ist ein Index. Wie lächerlich wollen wir uns machen, wenn wir über diese kleine Erhöhung debattieren?“ Die Gebührenerhöhungen wurden schließlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen. KPÖ und FPÖ stimmten dagegen.

Hundeabgabe empfindlich teurer

Der Landtag Steiermark hat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen eine gewaltige Erhöhung der Hundesteuer beschlossen. Einzig die KPÖ stimmte im Landtag dagegen. Die

Hundesteuer beträgt nun generell 60 Euro. In Trofaiach hat sie bisher 40 Euro betragen. Wer während der letzten fünf Jahre keinen Hund gehabt hat und keinen Hundeführerschein macht, zahlt 120 Euro. Das Gesetz ist auf Grund zahlreicher Ausnahmebestimmungen völlig unübersichtlich.

Deshalb stellte die KPÖ in der Gemeinderatssitzung den Antrag, an das Land Steiermark heranzutreten und das Gesetz zu novellieren. Ziel sollte eine Vereinfachung und eine Senkung der Abgabe sein. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Das Gesetz ist eine Narretei. Das zeigen zahlreiche Leserbriefe in den Zeitungen. Nimmt sich beispielsweise eine alte Frau aus dem Tierheim einen Zwergpudel und macht keinen Hundeführerschein, zahlt sie 120 Euro. Man kann sich jetzt schon vorstellen, wie viele Menschen sich noch einen Hund aus dem Tierheim nehmen. Wenn aber jemand Rassehunde züchtet und daran verdient, kommt

er in den Genuß einer Ermäßigung und zahlt nur 30 Euro.“ Der Antrag der KPÖ, eine Petition an das Land zu richten, das Gesetz zu ändern, wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Schließlich beschloß der Gemeinderat die Trofaiacher Hundesteuerordnung an das neue Gesetz anzupassen und damit auf 60 Euro zu erhöhen. Einzig die KPÖ stimmte dagegen.

Haushalte in Gai müssen auf Gebührenerhöhung warten

KPÖ-Gemeinderat Jürgen Enser brachte die unterschiedlichen Gebühren bei Wasser und Kanal zwischen Gai und Trofaiach zur Sprache. In Gai wurde noch vor der Gemeindegemeinschaft eine sogenannte Bereitstellungsgebühr eingeführt. Jürgen Enser: „Kommt diese Gebühr nun wieder weg? Die Bevölkerung von Gai hat auch deswegen für die Fusion mit Trofaiach gestimmt, weil sie auf billigere Gebühren gehofft hat.“ Bürgermeister Mario Abl: „Die derzeitigen Gebühren werden vorläufig weiter bestehen. Laut Gemeindeordnung haben wir sieben Jahre für eine Angleichung Zeit.“

Eine weitere Anfrage von Jürgen Enser betraf die Hö-

he der Ertragsanteile: „Um wie viel höher gegenüber jetzt werden die Ertragsanteile sein, die Trofaiach aus dem Finanzausgleich bekommt? Und wie lange sind sie in dieser Höhe garantiert?“ Bürgermeister Abl rechnet 2013/2014 mit Mehreinnahmen von je einer Million Euro. 2015 wird es einen neuen Finanzausgleich geben.

Edith Hofer (KPÖ) brachte das Fehlen eines öffentlichen WCs in Trofaiach-West beim Fachmarktzentrum zur Sprache. Hofer: „Es

Fortsetzung umseitig

Aus dem Inhalt

Geschäft in Trofaiach Nord	Seite 3
Wirtschaftsförderung zurückgezahlt	Seite 4
Gai: Hohe Gebühren bei Wasser und Kanal	Seite 5
Luftgütemeßstation errichtet	Seite 6
Aus dem Landtag	Seiten 7/8
Schlichtungsstelle in Trofaiach?	Seite 11

Fortsetzung von Seite 1

gibt im Fachmarktzentrum in einem Geschäft zwar ein Kunden-WC, aber angeblich wird dessen Benützung für Nicht-Kunden von den Verantwortlichen nicht gerne gesehen. Jetzt gibt es, so wird behauptet, mehr Mittel aus dem Finanzausgleich. Da muß ein öffentliches WC wohl finanzierbar sein.“ Bürgermeister Abl bestätigte die Probleme. Angeblich werde das Kunden-WC von Vandalen immer wieder beschädigt. Abl: „Wir arbeiten an einer Lösung.“

Wer zahlt die Werbeeinschaltungen?

Helmut Edlinger (KPÖ) wollte vom Bürgermeister wissen, wie hoch die Kosten der kürzlich in diversen Zeitungen geschalteten Inserate der Gemeinde seien und wer das bezahle. Es existiere, so der Bürgermeister, dafür ein eigener Etat im Budget. Die genauen Kosten könne er derzeit nicht sagen.

Vizebürgermeisterin Leitenbauer (KPÖ) brachte einmal mehr angebliche Mißstände beim Verbena-Heim aufs Tapet. Immer wieder höre sie von verspätet ausgezahlten Gehältern und von extremen Belastungen der Beschäftigten. Außerdem kursieren Verkaufsgeschichten. Mario Abl: „Ich weiß nichts von einem Verkauf. Der Personalschlüssel wird jedenfalls eingehalten.“

Eine weitere Anfrage von Gabi Leitenbauer betraf eine Wirtschaftsförderung an die Firma Faistauer: „Damals wurde gesagt, es würden 16



SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne haben im Landtag die Hundesteuer deutlich erhöht.

neue Arbeitsplätze geschaffen. Nach meiner Information wurden die 16 Stellen lediglich von einer anderen Trofaiacher Firma übernommen und sind nicht neu. Wie viele Beschäftigte gibt es dort eigentlich?“ Bürgermeister Abl berichtete, daß die Firma Faistauer betreffend der Förderung gerade überprüft werde: „Ad hoc kann ich die Frage nicht beantworten. Notfalls werden wir die hinterlegte Bankgarantie ziehen.“

Kommunalkredit erhöht Zinsaufschlag

Der Citybus bekommt eine neue Routenführung. Jetzt können die neuen Wohnungen in der Waldstraße besser bedient werden. Der dahingehende Vertrag mit der OKVG, die den Bus betreibt, wurde einstimmig beschlossen.

Die Stadtgemeinde Trofaiach hat seit 2006 bei der Kommunalkredit AG ein Darlehen in Höhe von 2,75 Millionen Euro laufen. Nun will die Bank den Zinssatz anheben. Würde Trofaiach dem nicht zustimmen, will die Bank den Kreditvertrag kündigen. Mit derartigen Zinsanpassungen sind momentan viele Gemeinden konfrontiert. Bei Privatkunden scheitern die Banken wegen des Konsumentenschutzgesetzes mit dieser Vorgangsweise. Dieses Gesetz ist aber auf Kommunen nicht anwendbar.

Gabi Leitenbauer: „Das ist ein frecher Erpressungsversuch. Die Zinsen sind derzeit am Boden und werden vermutlich weiter sinken. Die Kommunalkredit hat nur mit Staatszuschüssen überlebt und will sich nun am schwächsten

Glied, an den Gemeinden, schadlos halten. Die Bevölkerung darf doppelt zahlen. Einerseits die Bankenrettung, andererseits die erhöhten Zinsen. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Hier sind Städte- und Gemeindebund gefordert.“ Bürgermeister Abl erinnerte daran, daß die Bank ursprünglich einen noch höheren Aufschlag wollte. Thomas Ecker (FPÖ) verteidigte die Vorgehensweise der Kommunalkredit. „Der Zinsaufschlag ist gering. Es macht keinen Sinn die Banken zu beschuldigen.“ Dem widerspricht sein FPÖ-Fraktionskollege Michael Wassertheurer: „Ich gebe Gabi Leitenbauer Recht, ich bin auch empört. Die Banken sind ein Staat im Staat.“ Die Zinsanpassung wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen.



KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

038 42/ 22 6 70



K O M M M E N T A R

Mario Abl – Alleinherrscher



Mit 1. Jänner wurde der Trofaiacher Gemeinderat aufgelöst. Bis zur Neuwahl am 14. April herrscht der bisherige Bürgermeister Mario Abl als Regierungskommissär quasi unumschränkt. Laut Gemeindeordnung kann dem Kommissär ein Beirat zur Beratung beigelegt werden. Wäre es nach Mario Abl & Co gegangen hätte der Beirat lediglich aus dem Hafninger Ex-Bürgermeister Alfred Lackner (SPÖ) und dem ehemaligen Gaier Bürgermeister Bernhard Zechner bestanden. Man wollte eben unter sich bleiben.

Ich habe es immer als meine Pflicht als Gemeinderätin und Vizebürgermeisterin verstanden, unsere Bevölkerung über alles, was in der Gemeinde vor sich geht, zu informieren. Deshalb habe ich beim

Land Steiermark gegen diese Beiratsbestellung Protest eingelegt. Schließlich wäre die KPÖ als zweitstärkste Partei mehrere Monate von jeglicher Information abgeschnitten gewesen. Das Land hat meinem Einspruch Recht gegeben und der Beirat mußte um meine Person und um einen Vertreter der ÖVP erweitert werden.

Wir haben aus demokratiepolitischen Gründen immer gefordert, daß alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen diesem Beirat angehören sollten. Die FPÖ legt offenbar darauf keinen Wert; es ist deren Problem, wenn sie auf jegliche Information freiwillig verzichten. Über eines kann man allerdings nur den Kopf schütteln. FPÖ-Gemeinderat Thomas Ecker hat der KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung vor-

geworfen, wir würden demokratische Spielregeln verletzen und den Beirat unterwandern wollen, weil wir beim Land gegen die Zusammensetzung des Beirates protestiert haben. Er sprach sich wörtlich gegen diese politische Einflußnahme der KPÖ aus.

Jetzt haben wir bald Ende Februar. Bisher hat erst eine Beiratssitzung stattgefunden. Diese war äußerst kurz. Regierungskommissär Mario Abl hat lediglich einige Berichte verlesen. Das war es auch schon. Von einer Beratung, wie in der Gemeindeordnung vorgesehen, keine Spur.

Besonders empörend finde ich den Umgang mit dem letzten Rechnungsabschluß, den Regierungskommissär Abl in einer sonderbaren Personalunion, ohne zusätzliches Gre-

mium, beschließt und kontrolliert. Dabei geht es um 18 Millionen Euro. Auf meine Bitte, mir ein Exemplar auszuhändigen, wurde mir lapidar mitgeteilt, ich könne mich aufs Gemeindeamt setzen und den Abschluß dort durchsehen; allerdings ohne allfällige Erklärungen und Erläuterungen der Beamten, die ich sonst immer einforderte. Eine wirklich demokratische Vorgangsweise! Höchste Zeit, daß ab 14. April die Phase der Alleinherrschaft im neuen Trofaiach beendet sein wird!

Gabi Leitenbauer
Vizebürgermeisterin a.D.

Ein Geschäft in Trofaiach-Nord bald Wirklichkeit?

Viele Bewohnerinnen und Bewohner des Trofaiacher Nordens wünschen sich wieder einen Nahversorger in ihrem Wohnumfeld. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger klagen über beschwerliche Wege zu den Einkaufsmärkten. Die KPÖ hat dieses Thema im Gemeinderat immer wieder zur Sprache gebracht und vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, damit sich der Wirtschaftsausschuß mit diesem Thema beschäftigt. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Lediglich Helga Pongratz (SPÖ) und Wolfgang Schoberl (ÖVP) stimmten dagegen.

Der Ausschuß hat bereits zweimal getagt. In der letzten Ausschußsitzung konnte ein konkretes Konzept vorgelegt werden.

Demnach könnte unter Federführung des Wirtschafts- und Beschäftigungsinstitutes-Leoben (WBI), mit Beteiligung der Stadtgemeinde Trofaiach, des AMS und der WAG, ein Pilotprojekt entstehen. Die Unterstützung des WBI wäre als Starthilfe zu sehen.

In der WBI-Vorstandssitzung wurde eine positive Entscheidung getroffen. Voraussetzung für ein Engagement des WBI ist das Interesse der betroffenen Bewohner. Deshalb wird gerade eine Fragebogenaktion vorbereitet. Die Stadtgemeinde wäre bereit eine Wirtschaftsförderung zu gewähren; allerdings müsse das Projekt langfristig selbstständig laufen. Als Standort würde sich ein Objekt der

WAG in der Reichensteinstraße 37 anbieten. Es wurde mit der WAG vereinbart, daß das in Frage kommende Geschäftslokal bis Juni freigehalten wird.

Die KPÖ wird weiter alles daran setzen, daß auch der am 14. April neu zu wählende Gemeinderat dieses Projekt zügig weiter verfolgt!



Hier könnte ein Nahversorger entstehen.

Transportunternehmen Faistauer mußte Wirtschaftsförderung zurückzahlen

Im Dezember 2009 beschloß der Gemeinderat, der Firma Faistauer eine Sonderwirtschaftsförderung in der Höhe von 19.200 Euro zu gewähren; das ist der doppelte Betrag, welcher der Firma gemäß Wirtschaftsförderungsrichtlinien zustehen würde. Faistauer versprach 16 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Als Begründung für die doppelte Förderung nannte Bürgermeister Mario Abl die Tatsache, daß Faistauer, eine Salzburger Firma, sich gerne am Areal der Firma Brandl ansiedeln würde; allerdings nur unter der Bedingung der doppelten Wirtschaftsförderung. Ansonsten wollte Faistauer nach Leoben gehen.



Einzig die KPÖ lehnte im Gemeinderat diese Sonderförderung ab. Sie sah darin eine Ungerechtigkeit gegenüber allen anderen Unternehmen in Trofaiach und warnte vor der Gefahr einer Erpreßbarkeit der Gemeinde bei zukünftigen Neuansiedlungen. Die Fir-

ma Faistauer mußte eine Bankgarantie hinterlegen. Diese lief mit 31.12.2012 aus. Deshalb machte KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer diese Förderung in der Dezember-Sitzung des Gemeinderates zum Thema. Laut ihren Informationen sei diese Fir-

ma schon lange von einem niederländischen Konzern übernommen und die angeblich neu geschaffenen 16 Arbeitsplätze nie realisiert worden. Gabi Leitenbauer: „Damit waren die Voraussetzungen für die Förderung nicht gegeben! Bürgermeister Mario Abl (SPÖ)

sagte eine Prüfung zu. Diese ist nun erfolgt und brachte folgendes Ergebnis: von der ersten Tranche der ausbezahlten Förderung mußte die Firma einen Großteil wieder zurückzahlen, da statt der versprochenen 16, lediglich ein Arbeitsplatz neu geschaffen wurde.

MEINUNG



Die Armut nimmt in Österreich scheinbar unaufhaltsam zu. Bereits eine Million Österreicherinnen und Österreicher leben unter oder an der Armutsgrenze. Das sind Pensionisten mit einer Ausgleichszulage, viele Arbeitslose und Teilzeitbeschäftigte und Empfänger einer Mindestsicherung. Seit 2005 hat sich die Zahl derjenigen Personen, die länger als zwei Jahre von Armut betroffen sind, verdoppelt. Das geht aus dem neuen Sozialbericht hervor. Be-

Die Armut nimmt auch in Trofaiach zu

sonders dramatisch: 285.000 Kinder und Jugendliche gelten als armutsgefährdet. Fast die Hälfte der österreichischen Haushalte ist verschuldet. 210.000 Österreicherinnen und Österreicher können sich das Heizen nicht leisten.

Und wie schaut es in Trofaiach aus? Die Zahlen stammen noch aus der Zeit vor der Fusionierung mit Gai und Hafning. Von 7.945 Einwohnern kamen über 500 in den Genuß der Trofaiacher Sozialcard, einer positiven Einrichtung unserer Stadt. Noch gibt es bei uns keine Obdachlosen. Trotzdem wird es für viele Haushalte immer schwerer die Wohnkosten zu bezahlen. An folgendem Beispiel zeigt sich, wie schnell man unverschuldet in Armut abrutschen kann.

Ein ehemaliger Donawitzer Arbeiter, verheiratet, hat nach vierzig Arbeitsjahren 1.437

Euro netto Pension. Er wohnt in der Westsiedlung. Die Kosten der Wohnung betragen 567 Euro im Monat. Der Mann stirbt. Nun bekommt die Frau eine Witwenpension in Höhe von 866 Euro. Die Wohnkosten bleiben mit 567 Euro gleich. Der Frau bleiben 299 Euro zum Leben. Auch wenn sie eine Wohnbeihilfe bekommt, wird sie sich die, jetzt für sie teure, Wohnung nicht lange leisten können. Wirklich billige Wohnungen gibt es wenige. Zu diesem traurigen Bild tragen nicht zuletzt die laufenden Pensionsentwertungen bei. Auch heuer gab es nur 1,8 Prozent mehr Bruttopension, bei einer Teuerung von drei Prozent.

Seit der Einführung des Euro sind die Realeinkommen der normal sterblichen Österreicherinnen und Österreicher gesunken. Laut einer Studie der UBS Bank verloren die unteren

Einkommen in dieser Zeit bis zu 35 Prozent an Kaufkraft. Obwohl der Unmut über diese Ungerechtigkeiten immer größer wird regt sich kaum Widerstand. Auch die Gewerkschaft ist handzahn, weil die SPÖ in der Regierung sitzt. Die Pensionistenverbände der großen Parteien sprechen von angeblich notwendigen Opfern. Selbst kasieren ihre Obmänner freilich Bombenpensionen. Der bisher einzige nennenswerte, wenn auch falsche, Protest zeigt sich darin, daß immer weniger Menschen zur Wahl gehen. Das bringt nichts. Viel mehr Menschen sollten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und den regierenden Parteien einen Denkkzettel verpassen. Fangen wir damit gleich bei der kommenden Gemeinderatswahl in Trofaiach an!

Karl Russheim



KOMMENTAR

Bevölkerung von Gai im Regen stehen gelassen!

In Gai ist die Volksbefragung zur Fusion mit Trofaiach deutlich dafür ausgegangen. Viele, die der Zusammenlegung mit Trofaiach zugestimmt haben, haben diese Entscheidung nicht zuletzt wegen der im Vergleich zu Trofaiach hohen Wasser- und Kanalgebühren getroffen. Das Wasser kostet in Gai schließlich um 34 Prozent mehr als in Trofaiach, die Kanalgebühr ist um 25 Prozent teurer. Da hoffen viele, daß die Zusammenlegung eine Verbilligung bringen wird. Noch dazu, wo Bürgermeister Zechner und

seine Liste „Wir für Gai“ noch wenige Monate vor der Fusion, den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt haben, was sie unter „Wir für Gai“ verstehen: unter deren „Regentschaft“ wurde im Gemeinderat eine nochmalige Erhöhung dieser Gebühren beschlossen. Für Wasser und Kanal hat man eine Bereitstellungsgebühr eingeführt, was die Haushalte von Gai im Jahr zusätzlich zu den bereits ohnehin hohen Wasser- und Kanalkosten mit 110 Euro belastet.

Mir ist vollkommen unverständlich, wie dieser „Gebüh-

renraub“ im seinerzeitigen Gemeinderat von Gai ohne Widerstand durchgesetzt werden konnte. Da hat offenbar eine KPÖ im Gemeinderat gefehlt.

Jetzt hoffen die Gaier Haushalte natürlich, daß mit dem Zusammenschluß mit Trofaiach die Gebühren sinken. Ich habe dieses Thema bei der letzten Sitzung des Trofaiacher Gemeinderates bereits zur Sprache gebracht und Bürgermeister Mario Abl gefragt, ob die Bevölkerung von Gai mit einer Gebührensenkung rechnen kann. Weit gefehlt: Der Bürgermeister hat

sich hinter der Gemeindeordnung verschanzte, die ihm eine Frist von sieben Jahren zur Gebührenangleichung erlaubt. Da werden sich die neuen Trofaiacher Gemeindeglieder sicher freuen, wenn sie so im Regen stehen gelassen werden. Im April wird der Gemeinderat der neuen Stadt Trofaiach gewählt. Die KPÖ wird bei diesem Thema nicht locker lassen!

Jürgen Enser
KPÖ-Gemeinderat a.D.
und Kandidat für den
neuen Gemeinderat

Bevölkerung von Gai bleibt auf hohen Gebühren sitzen

Seit Jahr und Tag klagen die Gaier Haushalte über im Vergleich zu Trofaiach hohen Wasser- und Kanalgebühren. Kostet in Trofaiach ein Kubikmeter Wasser brutto 1,33 Euro, zahlt man in Gai dafür 1,78 Euro. Ähnlich verhält es sich bei den Kanalgebühren. In Trofaiach betragen sie 2,41 Euro brutto pro Kubikmeter, in Gai 3 Euro.

Das heißt: Wasser ist in Gai um 34 Prozent, Abwasser um 25 Prozent teurer als in Trofaiach. Zusätzlich wurde in Gai vor der Fusionierung mit Trofaiach in der ersten Jahreshälfte 2012 für Wasser und Abwasser unter Bürgermeister Zechner und seiner Liste Wir für Gai eine sogenannte Bereitstellungsgebühr eingeführt. Das wurde im alten Gemeinderat von Gai beschlossen. Diese Bereitstellungsgebühr be-



Der Gemeinderat von Gai hat noch im letzten Jahr eine Bereitstellungsgebühr für Wasser und Abwasser eingeführt.

trägt beim Wasser und beim Kanal pro Jahr je 55,44 Euro. Somit zahlt die Bevölkerung von Gai zu den ohnehin gegenüber Trofaiach höheren Gebühren nochmals ein Extrakörpergeld von 110,88 Euro im Jahr. Die

KPÖ hat diese hohen Gebühren bereits bei der letzten Sitzung des Trofaiacher Gemeinderates zur Sprache gebracht und wollte von Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) wissen, wann diese Gebühren an diejenigen

von Trofaiach angeglichen werden. Darauf werden die Bewohner von Gai vermutlich noch Jahre warten müssen. Abl: „Laut Gemeindeordnung haben wir dafür sieben Jahre Zeit.“

Luftgütemeßstation wurde installiert

Im vergangenen Oktober stellte die KPÖ einen Antrag, in Trofaiach eine Luftgütemeßstation zu errichten. Der Antrag war beinahe einstimmig angenommen worden. Lediglich ÖVP-Gemeinderat Wolfgang Schoberl hatte dagegen gestimmt. Nun hat das Land Steiermark eine Meßstation am Fliederweg errichtet. Gemessen werden neben meteorologischen Daten die wesentlichsten Schadstoffanteile in der Luft; Schwefeldioxid, Feinstaub, Ozon, Stickstoffdioxid, Schwefelmonoxid und Kohlenmonoxid. Nach Abschluß der Messungen werden die Ergebnisse dem Gemeinderat vorgestellt werden, voraussichtlich im Frühjahr 2014.



Die Meßstation steht am Fliederweg hinter der Turnhalle. Man fragt sich allerdings, ob dieser Standort, weit entfernt vom starken Verkehrsaufkommen, wirklich reelle Meßergebnisse liefert oder ob nicht ein anderer Standort besser geeignet wäre.

Höhere Ertragsanteile: Die Rechnung könnte ohne Wirt gemacht worden sein

Bürgermeister Mario Abl und die SPÖ rechtfertigen ihr Eintreten für die Fusion der Gemeinden Hafning, Gai und Trofaiach unter anderem mit den zu erwartenden höheren Ertragsanteilen. Das sind die Steueranteile, welche die Gemeinden, berechnet nach einem komplizierten Schlüssel, von den Gesamtsteuereinnahmen des Bundes, bekommen. Das wird im Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden festgeschrieben. Steigt eine Gemeinde mit der Einwohnerzahl über 10.000 Einwohner bekommt sie pro Kopf mehr Ertragsanteile.

Trofaiach, Gai und Hafning haben im Jahr 2012 zusammen rund 7,87 Millionen Euro an Ertragsanteilen kassiert. Zusammen hat die neue Gemeinde Trofaiach nun über 10.000 Einwoh-

ner und bekommt voraussichtlich 9,2 Millionen Euro an Ertragsanteilen; immer abhängig davon, wie hoch die Steuereinnahmen des Bundes sind. Das wäre ein Mehr von 1,3 Millionen pro Jahr. Insofern stimmt die Rechnung des Bürgermeisters.

Was Mario Abl nicht dazu sagt, ist die Tatsache, daß heute niemand sagen kann, wie der neue Finanzausgleich ausschauen wird. Der derzeitige Finanzausgleich läuft nur bis 2014. Ab 2015 gilt der Neue. Da könnten sich die in Zukunft erwarteten Millionen an Mehr-

einnahmen schnell als auf Sand gebaut erweisen.

Warum? Auf eine Anfrage der KPÖ im Landtag, zu wessen Lasten die erhöhten Ertragsanteile der fusionierten Gemeinden gehen, antwortete Landeshauptmann Voves: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß diese Beträge zulasten der übrigen Gemeinden gehen.“ Ob diese sich auf Dauer gefallen lassen, daß sie dann noch weniger als bisher bekommen, darf bezweifelt werden. Viel wichtiger ist noch etwas anderes.

Andere Länder werden protestieren

Allein durch die Fusion Steirischer Gemeinden kommt in den gesamten Topf des Finanzausgleichs nicht mehr Geld hinein; eher weniger, wie auf Grund der kommenden Sparbudgets des Bundes zu erwarten ist. Das heißt: Was die Steiermark durch die Fusion

einzelner Gemeinden mehr bekommt, verlieren andere Bundesländer. Hier wird es bei den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen harte Bandagen geben. Es ist kaum zu erwarten, daß die anderen Bundesländer freiwillig auf Geld verzichten, das ihnen bisher zugestanden ist.

Klein, aber mit Biß



Aus dem Landtag

Generalangriff auf die Steuermark

Im Dezember beschloß der Landtag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP das Doppelbudget für 2013/2014. Insgesamt werden pro Jahr mehr als fünf Milliarden Euro bewegt. Trotz radikaler Sparmaßnahmen beträgt die Neuverschuldung 567 Millionen Euro. Das allein zeigt bereits, daß der ausgabenseitige Sanierungskurs von SPÖ und ÖVP zum Scheitern verurteilt ist.

Am Ende des Tages werden die Infrastruktur unseres Landes vernichtet und die sozialen Leistungen abmontiert sein, während der Schuldenberg nicht wesentlich verringert wurde. Darauf ging Werner Murgg (KPÖ) in seiner Budgetrede ein: Murgg: „Es gibt zwei Wege ein Budget zu sanieren. Ausgabenseitig. Das trifft die Masse der Bevölkerung. Das machen SPÖ und ÖVP. Oder man erschließt neue Einnahmen.“ Murgg kritisierte, daß selbst die bescheidenen Möglichkeiten, wie das Land zu neuen Einnahmen kommen könnte, nicht genutzt würden. Eine von den Unternehmen zu entrichtende Nahverkehrsabgabe könnte bis zu 30 Millionen Euro bringen. Eine von den Schotterbaronen einzuhebende Schottersteuer würde, wie in anderen Bundesländern, Millionen in die Landeskasse spülen.

Hauptsächlich lebt das Land von den Ertragsanteilen an den Bundessteuern. Murgg wies nach, daß mehr als zwei Drittel dieser Steuern allein aus der Lohn-, der Mehrwert- und der Mineralölsteuer stammen. Während die Masse abgezockt wird, würden Superreiche und Konzerne geschont. Murgg: „Ein Prozent besitzen ein Drittel des in Österreich angehäuften Geldvermögens, 150 Milliarden Euro, das sind 73 Prozent der gesamten Staatsschulden. Hier wäre ein Schuldenschnitt dringend notwendig!“ Allein für die Rettung der privaten Banken wurden 6 Milliarden Euro ausgegeben, Haftungen nicht mitgerechnet. Für die

Rettung des Euro hat Österreich 2,2 Milliarden Euro in den ESM-Fonds eingezahlt. Geld, das dazu dient, in Griechenland französische und deutsche Banken zu retten.

Werner Murgg an Landesrat Christian Buchmann (ÖVP): „Sie sagen immer, Sie seien dagegen, den Menschen mit neuen Abgaben in die Tasche zu greifen. Aber genau das machen Sie, Herr Landesrat. Indem Sie die Wohnbeihilfe kürzen, greifen Sie den Mietern in die Tasche. Indem Sie die Schule in Breitenau schließen, greifen Sie den Eltern in die Tasche, weil irgendjemand den weiteren Schulweg nach Bruck bezahlen muß. Sie greifen den Menschen unentwegt in die Taschen, aber Sie greifen in die falschen Taschen.“ Die KPÖ, so Murgg, stehe für einen anderen Weg. „Die Arbeiter und Angestellten unseres Landes, die den Reichtum erarbeiten, haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt. Trotzdem sollen sie die Zeche der Sparpakete bezahlen.“

Wohnbeihilfe erhöhen

Die KPÖ stellte den Antrag, die Wohnbeihilfe endlich zu erhöhen. Seit Jahren ist das nicht mehr geschehen. Durch die Geldentwertung verliert sie Jahr für Jahr an Wert. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. In einem weiteren Antrag forderte die KPÖ eine deutliche Verringerung der Gehälter der Landtagsabgeordneten, der Mitglieder der Landesregierung und des Landeshauptmannes. Das wäre ein deutliches Signal an die Bevölkerung. Dagegen



Werner Murgg: „Statt die Masse der Bevölkerung zu belasten sollte das Geld endlich dort geholt werden, wo es vorhanden ist, bei Banken, Konzernen und den Superreichen.“

stimmten alle anderen Parteien, also SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne.

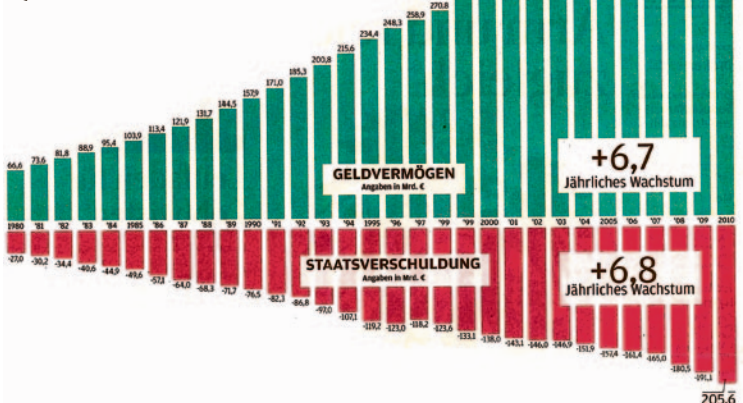
Parteienförderung wird automatisch jährlich erhöht

Das neue Parteienförderungsgesetz, das die Förderung der Landesparteien regelt, wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen beschlossen.

FPÖ und KPÖ stimmten dagegen. Die KPÖ hat in den Verhandlungen immer gefordert, auf die automatische jährliche Wertanpassung zu verzichten. Es könne nicht sein, daß die Parteien jährlich mehr Geld bekämen, während soziale Leistungen des Landes, wie die Wohnbeihilfe, jahrelang eingefroren blieben.

Entwicklung des Geldvermögens und der Staatsschulden in Österreich seit 1980.

Quelle: Wirtschaftsblatt



Aus dem Landtag

Gemeindefusionen lösen keine Probleme

Werner Murgg (KPÖ): „Aus drei Toten macht man keinen Lebenden.“

Im Rahmen einer Dringlichen Anfrage von SPÖ und ÖVP an ihre eigenen Regierungsmitglieder, Landeshauptmann Voves und Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, übte Landtagsabgeordneter Werner Murgg (KPÖ) heftige Kritik an den geplanten Fusionen in der Steiermark.

Murgg: „Land und Bund teilen Gemeinden Aufgaben zu, ohne sie finanziell in ausreichendem Maße zu unterstützen. Das hat viele Gemeinden ruiniert. So müssen die Kommunen 40 Prozent der Kosten der Pflegeheime übernehmen. Das trifft große und kleine Gemeinden gleichermaßen. Die Zusammenlegung kleiner Gemeinden löst keines der Probleme. Aus drei Toten macht man noch keinen Lebenden. Außerdem stehen viele kleine Gemeinden relativ gut da, während einige Große krachen.“ An Landeshauptmann Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer gerichtet: „Der Wirbel, den Sie ins Land bringen ist ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark und ihrer ländlichen Regionen. Nach dem Kahl-

schlag der Bundesregierung, der den Gemeinden Buslinien, Postämter und Bezirksgerichte gekostet hat, kommt nun das Land und sperrt Schulen, Spitäler und Gemeindeämter zu. Das ist keine Offensive für die Steiermark, sondern genau das Gegenteil.“ Murgg erinnerte an die St. Lambrechter Initiative, in der bereits an die 150 Bürgermeister gegen die geplanten Fusionen Stellung bezogen und einen Gang zum Verfassungsgerichtshof angekündigt haben.

Neues Landtagspräsidium gewählt

Der bisherige erste Landtagspräsident Manfred



Die Streichung der Steiermark wie wir sie kennen: 13 statt 17 Bezirke, hunderte Gemeinden wegrationalisiert.

Wegscheider (SPÖ) wurde wieder Kapfenberger Bürgermeister und schied aus dem Landtag aus. Als neuer Erster Präsident wurde Franz Majcen (ÖVP) einstimmig gewählt. Gegen die Wahl des neuen Dritten Präsidenten, Werner Breithuber (SPÖ), stimmte die KPÖ. Sie trat in einem eigenen

Antrag für die Abschaffung des Dritten Landtagspräsidenten ein. Die Streichung dieses Postens würde viel Geld sparen. Schließlich stehen auch dem Dritten Präsidenten ein Dienstwagen und ein Büro zur Verfügung. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

Was uns ein- und auffällt...

...daß für die Ski-WM in Schladming 400 Millionen Euro verbaut wurden und allein das Land Steiermark dafür an die 150 Millionen Euro ausgegeben hat. Während sich einige Hoteliers und Grundbesitzer mit diesen öffentlichen Geldern **dumm und dämlich verdienen**, haben die SPVP-Zwillinge Voves und Schützenhöfer für die längst fällige Anpassung der Wohnbeihilfe angeblich kein Geld.

...daß der bisherige Gaier Bürgermeister Zechner mit seiner Liste „Wir für Gai“ bei der kommenden Gemeinderatswahl auch **im KPÖ-**

Teich fischen will. Wir meinen, um sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auf Dauer zu erwerben gehört, wohl mehr, als der eigenen Bevölkerung mit einer Bereitstellungsgebühr für Wasser und Abwasser in die Taschen zu greifen.

...daß die **Phantasie der lokalen FPÖ** seltsame Blüten treibt, will sie doch in Trofaiach zur stärksten Partei werden. Wir raten zur Fusion mit der übermächtigen SPÖ, deren Anhängsel die Freiheitlichen im Gemeinderat über all die Jahre ohnehin waren. Dann geht es sich zusammen sicher aus.

LESERBRIEF

Reform: Ein Unwort

Reform heißt Verbesserung des Bestehenden. So war es in den 70er Jahren. Damals waren Gewerkschaft und Betriebsräte noch für die Arbeiterschaft aktiv. Damals gab es viele Reformen in der Sozialversicherung. Jede ASVG-Novelle brachte Verbesserungen für die arbeitenden Menschen. Die Regierung Kreisky setzte Reformen, die den Namen Verbesserung verdienten.

Und heute? Die SPÖ ist im Parlament die stärkste Partei und stellt den Bundeskanzler. In der Steiermark stellt sie den Landeshauptmann. Voves hat mit der ÖVP sogar eine „Reformpartnerschaft“ ausgerufen und beschließt mit Schützenhöfer eine „Reform“ nach der anderen. „Reformen“, welche die arbeitenden Menschen und Pensionisten allerdings in Angst und Schrecken versetzen: unter diesem Titel werden Schulen und Spitäler geschlossen, für Angehörige von Pflegeheimbewohnern ein Regreß eingeführt und die Wohnbeihilfe gekürzt. Alles Verschlechterungen. Glücklicherweise regt sich aber dagegen bereits Widerstand. Bei der Grazer Gemeinderatswahl haben ÖVP und vor allem SPÖ schwere Verluste erlitten. Ich hoffe, daß sich derartige Proteste an der Wahlurne fortsetzen.

K.R., 8793 Trofaiach

Sozialbericht: Armutszeugnis für „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP

Mit großer Verspätung wurde dem Steiermärkischen Landtag am 22. Jänner 2013 der Sozialbericht für die Jahre 2009 und 2010 vorgestellt. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler nahm zu dem 253 Seiten umfassenden Bericht Stellung und kritisierte, daß durch die Verzögerung nicht die aktuelle Situation, sondern jene des Zeitraumes vor den Kürzungen im Sozialbereich durch die „Reformpartnerschaft“ behandelt werde. Durch die zahlreichen inzwischen in Kraft getretenen Verschlechterungen hat der Bericht nur sehr geringe Aktualität.

Einige Beispiele:

- Statt der Sozialhilfe gibt es seit März 2011 eine **Mindestsicherung**. Diese stellt den Großteil der Bezieherinnen und Bezieher schlechter, allein schon durch die Rückersatzpflicht (Regress), wie erst vor kurzem der Bericht der Volksanwaltschaft aufgezeigt hat.
- Beim Budget 2011/2012

wurden sowohl die Mittel für **Menschen mit Behinderung** drastisch gekürzt, genauso, wie jene in der Jugendwohlfahrt. Mit dem Budget 2013/2014 wurde in diesen Bereichen abermals gekürzt.

- Es kam zur **Wiedereinführung der Kindergartengebühren** und des **Regresses für An-**

gehörige bei den Pflegekosten.

- Die **Wohnbeihilfe wurde gekürzt** und durch die **Kürzung des Annuitätenzuschusses bei der Wohnbauförderung** kam es zur Verteuerung von Mieten.

Die Steiermark liegt, wie auch schon in den letzten Monaten, an der traurigen Spitze der Arbeitslosenstatistik. Laut aktuellem Armutsbericht sind **160.000 Steirer und Steirer armutsgefährdet**, das sind 13,6 Prozent. Im vorliegenden Sozialbericht werden noch 142.000 armutsge-

fährdete Personen genannt. Die Steirische Volkshilfe hat vor kurzem bekannt gegeben, dass **35.000 Kinder und Jugendliche** in der Steiermark armutsgefährdet sind.

An Soziallandesrat Schrittwieser gerichtet sagte die KPÖ-Abgeordnete: „*Im Vorwort zum Sozialbericht schreibt LH-Stv. Schrittwieser, daß all seine Kräfte gefordert seien, um das steirische Sozialsystem zu erhalten. Das ist ihm nicht gelungen, denn seit 2011 gibt es einen Abbau von Leistungen und Angeboten auf Kosten derjenigen, die unsere Hilfe am notwendigsten haben.*“

Presserat verurteilt Inserate der Landesregierung

Der Senat 1 des Presserates hat der Praxis der steirischen Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP, PR-Artikel für die so genannte „Reformpartnerschaft“ aus Landesmitteln zu finanzieren, die nicht klar als bezahlte Einschaltungen erkennbar sind, eine klare Abfuhr erteilt. „*Maßgeblich ist vielmehr, daß die Leserinnen und Leser sich selbst kein Bild über mögliche Einflussnahmen auf den redaktionellen Inhalt machen konnten. Gerade eine finanzielle Gegenleistung für eine Veröf-*

fentlichung und damit die Unterscheidbarkeit zwischen entgeltlichen und unentgeltlichen Veröffentlichungen stellt ein wichtiges Kriterium für eine derartige Beurteilung dar, weshalb dieser Umstand unbedingt anzuführen gewesen wäre“, so der Presserat.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler fordert die Regierung auf, künftig auf solche „Förderungen“ zu verzichten und den auf diese Weise eingesparten Betrag von 380.000 Euro der Jugendwohlfahrt zur Verfügung zu stellen.



Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, demonstrierten trotz klirrender Kälte tausende Steirerinnen und Steirer gegen die Politik der Landesregierung.



Protest im Landhaus gegen die Kürzungspolitik von SPÖ und ÖVP.

Asoziale Verteilungsverhältnisse

Jüngste Untersuchungen der Arbeiterkammer-Wien belegen aufs Neue was man ohnehin seit langem weiß: gerade seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007 nimmt auch in Österreich die Umverteilung zugunsten der Konzerneigentümer und den von ihnen ausgehaltenen Managern immens zu. So verdiente das Management von den an der Wiener Börse im ATX-notierten Unternehmen 2009 das 35-fache, 2011 jedoch bereits das 48-fache der durchschnittlichen Einkommen, der in ihrem Unternehmen beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Während 2009 bis 2011 Löhne und Gehälter um 3,7 Prozent gestiegen sind – angesichts der Inflation ein realer Einkommensverlust –, haben die Gagen der Managerinnen und Manager um 40 Prozent zugelegt.

Nicht weniger asozial ist die Dividendenpolitik dieser im ATX notierten Unternehmen. Seit Beginn der Krise stiegen die an die Aktionäre ausgeschütteten Gewinne von 1,628 Milliarden Euro auf 2,161 Milliarden um 33 Prozent. An

den Aktionären ist die Krise spurlos vorübergegangen. Die Kehrseite der Medaille ist die Entwicklung der Beschäftigung. Damit die Aktionäre weiter Bombendividenden kassieren, werden massenweise Leute auf die Straße gesetzt. Im Zeitraum 2008 bis 2010 verloren über 22.000 Beschäftigte in den ATX-Konzernen ihren Arbeitsplatz.

Mehr als die Hälfte der Lohnsumme wandert an die Aktionäre

Nicht nur bei den ATX-Unternehmern, sondern weit darüber hinaus zeigt sich ein ähnliches Bild. Eine Untersuchung von 664 großen und mittleren österreichischen Kapitalgesellschaften – GesmbHs und Aktiengesellschaften – ergibt, daß mehr als die Hälfte der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme von 320.000 in diesen Betrieben Beschäftigten direkt an die Eigentümer dieser Betriebe fließt.

Daraus folgt: Es gibt keinen Grund zur Bescheidenheit bei den aktuellen KV-Verhandlungen. Zurückzuweisen sind sämtliche Attacken der EU-Kommission und ihrer österreichischen Handlanger auf das umlagenfinanzierte, solidarische Pensionssystem. Gerade die eklatante Umverteilung hin zu den Konzerneignern zeigt, daß endlich die ge-

samte Wertschöpfung in die Finanzierung der Sozialsysteme eingebunden werden muß, statt Pensionen und Gesundheit am Altar eines enthemmten Kapitalismus zu opfern.

Das Gerede vom armen „Realkapital“, daß wir gemeinsam gegen das böse Finanzkapital schützen müssen, ist gezielt in Umlauf gebrachter Unsinn. Es sind ein und dieselben Eliten in Banken, Versicherungen und Industriekonzernen, die alle diese Instrumente als Waffen gegen die arbeitenden Menschen in Stellung bringen. Eines der zentralen Instrumente dafür ist das EU-Binnenmarktregime. Daraus auszubrechen ist eine Schicksalsfrage für all jene Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, egal ob Arbeiter oder Angestellte, leben müssen.

Wird Erben teurer?

Bei Schenkung, Verkauf und Kauf von Liegenschaften droht eine Kostenerhöhung. Was hat es mit den geplanten Änderungen auf sich? In den Medien wird seit Monaten über die geplante Erhöhung der Kosten für die Grundbucheintragung bei der Veräußerung von Häusern und Grundstücken berichtet. Derzeit fällt eine Gebühr von 1,1 Prozent des Kaufpreises an.

Bei Schenkungen und Erbschaften ist derzeit der zweifache Einheitswert die Bemessungsgrundlage. Diese Bestimmungen sind nun gefallen. Die SPÖ-ÖVP-Bundesregierung plant Neues: Nun wird bei Weitergabe innerhalb der Familie und zwischen Ehepaaren die Gebühr weiterhin vom Einheitswert berechnet. Allerdings ist eine Anhebung der bisherigen Gebühr geplant. Bei Verkauf an nicht begünstigte Personen wird die Gebühr vom Verkehrswert berechnet. Es stellt sich allerdings die Frage, wie der Verkehrs-

wert festgestellt wird. Muß dazu ein Sachverständiger befragt werden? Wer zahlt das allfällige Sachverständigengutachten? Oder wird es möglich sein, den Verkehrswert selbst festzusetzen? Der Verkehrswert ist in den Ballungsgebieten sicher um ein vielfaches höher als der Einheitswert, eine Kostenexplosion ist in diesen Gebieten vorprogrammiert.

Statt endlich das große Immobilienvermögen und den Großgrundbesitz – Stichwort Billa-Gründer Karl Wlaschek oder die Ade-

ligen Schwarzenberg und Esterhazy – ordentlich zu besteuern, hält sich die Bun-

desregierung wieder an der Masse der Durchschnittsverdiener schadlos.



**UMFRAGE**

Mietrechtliche Schlichtungsstelle in Trofaiach?

Mietstreitigkeiten nehmen immer mehr zu. Trofaiach hat einen großen Bestand an Mietwohnungen. Haben Mieterinnen und Mieter Probleme, sei es mit der Betriebs- oder Heizkostenabrechnung, mit nicht zurückgezahlten Kauttionen oder weigert sich der Vermieter dringend notwendige Sanierungen durchzuführen, müssen Trofaiacher derzeit zum Bezirksgericht nach Leoben gehen, um ihre Ansprüche durchzusetzen, da es in Trofaiach kei-

ne Schlichtungsstelle gibt. Derartige, auf der Gemeinde eingerichtete Schlichtungsstellen, gibt es beispielsweise in Leoben oder Mürzzuschlag. Nun hat Trofaiach durch die Fusion mit Gai und Hafning deutlich an Einwohnerzahlen gewonnen. Warum sollte nicht auch in Trofaiach eine derartige Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten eingerichtet werden? Die KPÖ wird sich dafür im neu gewählten Gemeinderat stark machen.

Ein Sieg der Neutralität, eine Chance für den Frieden

Berufsarmee in Volkbefragung abgelehnt. Haltung der KPÖ Steiermark bestätigt.

Als „Sieg für die Neutralität“ bezeichnete KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg den Ausgang der Volksbefragung über die Einführung einer Berufsarmee.

Dem Ansinnen der Berufsarmee-Befürworter rund um den Industriellen Hannes Androsch wurde eine deutliche Absage erteilt. Androsch hatte gefordert, „im europäischen Verbund in Zusammenarbeit mit der NATO einsatzbereit zu sein, die Rohstoff- und Energiequellen zu verteidigen, die Transportwege, Seewege und Pipelines.“

Werner Murgg: „Jetzt geht es darum, die Reste der österreichischen Neutralität zu sichern und wieder auszubauen“, betont die steirische KPÖ. In diesem Zusammenhang ist der umgehende Ausstieg aus der europäischen Rüstungsagentur

und den militärischen Bereichen des Lissabon-Vertrags friedenspolitisch ebenso unabdingbar, wie die Beendigung der Teilnahme an der sogenannten „NATO-Partnerschaft für den Frieden“.

Österreich kann als neutrales Land auf eine große Tradition der Vermittlung und der friedlichen Konfliktbewältigung zurückblicken. An die gilt es wieder anzuknüpfen.

Auslandseinsätze, die keine UNO-Friedensmissionen sind, müssen gestoppt und der Berufskader verringert werden. Dringend notwendig sind auch Reformen zur Verbesserung von Präsenz- und Zivildienst, etwa deren Gleichstellung, die sozialrechtliche Absicherung bei Arbeitslosigkeit und Pensionen sowie eine gerechte Entlohnung.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

Schlichtungsstelle in Trofaiach?

Ich bin für eine Schlichtungsstelle in Trofaiach.

JA

NEIN

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name:

Adresse:

Bitte ausschneiden und einsenden an:

TROFAIACHER NACHRICHTEN

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

Neutralität statt EU-Armee

Für Wehrpflicht und Zivildienst!



www.kpoe-steiermark.at/wehrpflicht

Gemeinderatswahl Trofaiach 14. April

- **Freunderlwirtschaft**
- **Gebührenerhöhungen**
- **Belastungen**
- **Ausverkauf**



**Schluß
damit!**



KPO

Klein – aber mit Biß